

Kapitalismus heute

Blick in den Abgrund

Der Winter unseres Missvergnügens dauert bis Ende des Jahres. Oder länger. Bis jetzt weiß niemand, wann die Krise zu Ende oder wenigstens eine „Talsole“ in Sicht ist. Wir wissen nur eins: Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, hat global versagt. Aber einen neuen haben wir noch nicht erfunden. Arbeiten wir wenigstens daran?

Von Rudolf Hickel

Die Weltwirtschaft spielt verrückt. Tag für Tag werden vergiftete Finanzmarktprodukte, die noch vor Monaten als Innovationen gefeiert wurden, entwertet. Banken müssen Milliarden-Beträge abschreiben, und unter den Banken selbst herrscht tiefes Misstrauen. Was eigentlich das Normalste der Welt ist, der tägliche Interbankenverkehr, dass nämlich Banken sich untereinander Geld leihen, ist zusammengebrochen. Zu ihrem eigentlichen Geschäft – der Kreditvergabe an die Wirtschaft – haben die Banken trotz riesiger staatlicher Hilfsprogramme nicht zurückgefunden.

Das Unwort des Jahres signalisiert die Katastrophe: „Notleidende Banken“ sollen durch eine „Bad Bank“ entlastet werden. Am Ende sind das schlichtweg Giftmülldeponien, die nur den Steuerzahler belasten werden.

Schon seit einiger Zeit leidet die produzierende Wirtschaft unter der Krise des internationalen Kasinokapitalismus. Der Terror der Finanzmärkte über die reale, die Produktionswirtschaft ist unübersehbar. Wo sich das Kapital in Megafonds konzentriert, werden die Renditeansprüche gegenüber den anderen Unternehmen einseitig formuliert und durchgesetzt.

Ein genauerer Blick auf die Anhäufung von Fehlentwicklungen lohnt sich: Erstmals ist die Weltwirtschaft durch eine Finanzmarktkrise neuen Typs an den Abgrund getrieben worden. Vor allem durch die massive Ausweitung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu Lasten der Arbeits- und Sozialeinkommen wurde Kapital auf die Mega-Finanzinvestoren konzentriert. Danach sind neue Instrumente geschaffen worden mit dem Ziel, schnell hohe Renditen zu erzielen.

Diese Finanzinnovationen entpuppen sich jetzt als vergifteter Schrott. Dazu gehören vor allem die zu handelbaren Wertpapieren mehrfach gebündelten Kredite aus der Finanzierung von Wohneigentum durch oft nicht sehr einkommensstarke private Haushalte („subprime“) irgendwo in den USA.

Banken in den USA verteilen die Risiken über die Welt. Aber auch die deutschen Großbanken haben massiv zur Finanzmarktkrise beigetragen. Mangels seriöser, weniger einträglicher, normaler Bankgeschäfte wurde auf die schnell zu erzielende und hohe Rendite gesetzt. Die Finanzierung von Wertschöpfung, also der Kredit an ein produzierendes Unternehmen, steht dabei nicht mehr im Mittelpunkt. Abgeleitete Finanzmarktprodukte, bei denen die eigentliche Wertschöpfungsbasis gar keine Rolle mehr spielt, bestimmen den Handel. Damit ist der Zusammenhang zwischen Kreditvergabe und Bonitätsprüfung aufgegeben.

Aber auch das Glücksspiel mit Zertifikaten, mit denen auf die Bewegung eines Aktienindex – etwa den DAX – gewettet wird, treiben die Entkopplung von der zu finanzierenden Produktionswirtschaft voran. Schließlich wurden völlig exotische Renditeerwartungen der durch ein pervernes

Anreizsystem angetriebenen Finanzwelt vorgegeben, offenbar nach dem Motto: Für Investmentbanker und Fonds sind die produzierenden Unternehmen nur dann attraktiv, wenn sie auf das eingesetzte Kapital eine Rendite von mindestens 25 Prozent nach Steuern erzielen. Die zerstörerischen Folgen einer so irrealen Renditeerwartung sind mittlerweile unübersehbar.

DIE POLITIK,
HAND IN HAND MIT DER
BERATUNGSÖKONOMIK,
HAT VERSAGT

Seit dem Frühjahr 2008 hat sich der Niedergang dieses hochspekulativen Turbokapitalismus dramatisch beschleunigt. Die vergifteten Finanzprodukte zwangen von Quartal zu Quartal zu massiven Abschreibungen, übrigens nicht nur bei den Banken, auch viele Unternehmen weisen abschreibungsbedingte Verluste aus.

In Deutschland traf der Absturz dieses Finanzmarkt-Kapitalismus seit dem Herbst 2008 auf einen konjunkturellen Abschwung, der sich bereits seit dem Frühjahr abzeichnete. Trotz des vorausgegangenen Wirtschaftsaufschwungs stand den Verlusten bei den Zuwachsraten der Exporte ein stagnierender, ja schrumpfender privater Konsum gegenüber.

In solchen Fällen wird immer gern nach einem Ausgleich der Exportverluste durch die Binnenwirtschaft gerufen, obwohl doch klar sein sollte, dass etwa der Verlust beim weltweiten Automobil-Absatz nicht durch eine binnenwirtschaftliche Zusatznachfrage aufgefangen werden kann. Oder sollen die Deutschen künftig ihre PKWs im Doppel- bzw. Mehrfachpack fahren?

Die Folgen dieser Krise im Doppelpack sind bekannt. Hätte die Finanzmarktkrise nur den Vermögenden und Managern Einbußen beschert, könnte die große Mehrheit der Bevölkerung zur Tagesordnung übergehen. Aber durch den von der Politik durchgesetzten Abbau einer ausreichenden Absicherung gegen soziale Risiken, unterstützt von einem marktideologischen Trommelfeuer, ist auch die große Masse der von Arbeitsplätzen und Sozialeinkommen Abhängigen in den Kauf hochriskanter Finanzmarktprodukten getrieben worden. Heute gibt es kaum noch Arbeitnehmer ohne Geldvermögenseinkommen. Allein die privaten Haushalte haben im vergangenen Jahr 145 Milliarden Euro Geldvermögen verloren. Da ist auch die Rentnerin dabei oder der Arbeitnehmer mit seinen Ersparnissen fürs Alter. Was zählt, ist die Tatsache, dass diese Wirtschaftskrise im Doppelpack das Vertrauen in das Bankensystem insgesamt erschüttert und nun auch die Produktionswirtschaft erreicht hat. Eine höhere Arbeitslosigkeit und sinkende Steuereinnahmen sind die Folgen.

Politik und die herrschende Beratungsökonomik haben sich blamiert. Ernsthaftige Prognosen sagen voraus, dass die Wucht dieser Reinigungskrise sich noch weit über das Jahr 2009 hinaus negativ auswirken wird.

Eine schonungslose Ursachenanalyse erbringt zwei bittere Erkenntnisse:

Die Politik, Hand in Hand mit der offiziellen Beratungsökonomik, hat versagt. Die

London, 7. Oktober 2008



Secret London 123

ES IST REICHLICH PRIMITIV,
DIE URSACHE DER KRISE
IN DEN USA ZU SUCHEN

Politik hat den Finanzmärkten mit einer ungezügelter Liberalisierung die Party hergerichtet, zugleich aber auch deren jähes Ende verursacht. Wann gestehen die Parteibosse der rot-grünen Koalition ein, dass sie die Krisendynamik seit 2002 beschleunigt haben? Beispielsweise mit der Zulassung von Hedge-Fonds, von hochriskanten Zertifikaten, von Leerverkäufen als Spekulation auf abstürzende Kurse und schließlich mit der Steuerbefreiung für Kapitalgesellschaften bei der Veräußerung inländischer Beteiligungen? Solange hier nicht ungeschminkte Selbstkritik geübt wird, bleibt der Verdacht: Es sind die Brandstifter, die jetzt das Feuer mit löchrigen Schläuchen zu bekämpfen versuchen.

Die Politik ist aber auch durch die arrogante, besserwisserische Beratungsökonomik über den Tisch gezogen worden. Die weit über ihre Fähigkeiten, also zu hoch bezahlte Beratungswirtschaft hat sich mit ihrem neoklassischen Credo von der Krisenfreiheit der enthemmten Märkte – vor allem auf den internationalen Finanzmärkten – gewaltig blamiert. Die Möglichkeit der Krisenanfälligkeit dieser Zockermärkte wurde nicht einmal im Modell simuliert. Der „Rat der fünf Weisen“ hat Ende 2007 zu einer noch weitergehenden Entfesselung der Finanzmärkte aufgerufen.

Am Anfang des Absturzes war bei diesen Ratgebern noch eine gewisse Schockstarre zu erkennen, aber bald danach wurden schon wieder viele alte Parolen hervorgekramt. Die Ursachen des Einbruchs werden weniger im Marktsystem als in der Politik aufgespürt. Es ist doch geradezu lächerlich, wenn der „Rat der fünf Weisen“ in seinem jüngsten Gutachten den 15. September, den Tag, an dem die US-Administration Lehman Brothers in die Insolvenz trieb, zum Motor der nachfolgenden Krise erklärt. Sicherlich ist mit der Insolvenz von Lehman Brothers der Big Bang auf den Finanzmärkten ausgelöst worden. Aber die Ursachen liegen viel tiefer: im spekulativen Handel mit allem, was vermarktbar ist. Viel eher muss analysiert werden, wie durch die propagierte Liberalisierung der Finanzmärkte dieses Debakel auch bei Lehman Brothers überhaupt erst entstehen konnte.

Trotz schmerzlicher Erfahrungen ist sich die Beratungswirtschaft immer noch zu fein oder aber auch zu feige, die machtvollen Akteure und die falschen Anreizsysteme beim Namen zu nennen. Da drischt man lieber auf die Landesbanken und Sparkassen ein, statt einmal die krisenverschärfende Rolle der Deutschen Bank zu kritisieren. Auch ist es reichlich primitiv, die Ursache der Krise im Export vergifteter Produkte aus den USA zu sehen. Die unseriösen Spekulationsobjekte sind in Deutschland selbst produziert worden, gerade auch bei der Deutschen Bank.

Die festgefahrene Schrumpfung infolge der Finanzmarktkrise und des konjunkturellen Niedergangs lehrt: Die Herrschaft der Finanzmärkte muss endlich gebändigt und die Produktionswirtschaft für Arbeitsplätze und Umwelt gestärkt werden. Gebraucht werden auch Rettungsschirme für diese Produktionswirtschaft.

Erforderlich ist also ein grundlegender Paradigmenwechsel. Die Märkte haben versagt. Der Staat muss bei der Reparatur die Führungsrolle übernehmen. Die Märkte sind nicht mehr in der Lage, sich wie Münchhausen am eigenen Schopfe aus dem Sumpf der Depression herauszuziehen.

Gefordert ist unkonventionelles Handeln, wobei auf einen brauchbaren Rat von seiten der Beratungsökonomik nicht mehr zu rechnen ist. Hier werden vier Aktionsschwerpunkte vorgeschlagen:

1. Durch weltweit abgestimmte Regulierungen müssen die Finanzmärkte wieder auf ihre dienende Funktion der Finanzierung der Wirtschaft vor Ort ausgerichtet werden. Spielregeln müssen aufgestellt und eingehalten werden, denn lange Zeit galt nur das Foul als Regel. Dazu gehören Verantwortung und

Haftung der Banker selbst – Banker dürfen künftig nur noch die Geschäfte machen, die sie verstehen. Wer dem zuwiderhandelt, muss mit Strafe rechnen, aber nicht unter mildernden Umständen wie beim Steuerhinterzieher Zumwinkel. Rating-Agenturen, die den heutigen Finanzmarktschrott mit höchsten Noten ausgezeichnet haben, gehören verstaatlicht, denn sie nehmen hoheitliche Funktionen wahr. Das Risikomanagement in den Banken muss verbessert, vor allem transparenter gemacht werden. Geschäfte außerhalb der Bilanz, wie etwa die obskuren Zweckgesellschaften, müssen verboten werden. Vor allem muss das Geschäft mit in Wertpapieren verpackten Krediten (Verbriefungen) massiv eingeschränkt und kontrolliert werden. Geschäfte mit geliehenen Aktien zur Spekulation auf Kursverluste (Leerverkäufe) gehören verboten. Denn es ist ökonomisch irrational, durch substanzlose Spekulationen die Signalfunktion der Preise an den ohnehin volatilen Börsen zu verunmöglichen.

2. Abgestimmt mit den großen Notenbanken sollte – wie jetzt in den USA – die Geldmenge gesteuert werden. Die Geldversorgung darf nicht zum Engpass werden. Dazu gehört eine deutliche Senkung des Leitzinses der Europäischen Zentralbank in Richtung null Prozent und damit die direkte Geldmengensteuerung.

3. Den Banken, die sich nach einer Phase unerträglicher Arroganz selbst in die Not katapultiert haben, muss trotzdem geholfen werden. Das tut weh, ist jedoch unvermeidlich, denn systemische Banken, mit deren Zusammenbruch die gesamte Ökonomie abzustürzen droht, müssen gerettet werden. Schließlich sind die Kosten eines Absturzes etwa der Commerzbank oder der Dresdner Bank gesamtwirtschaftlich höher als die Kosten für deren staatliche Rettung. Allerdings müssen die Rettungsgelder mit einer Kapitalbeteiligung des Staates entlohnt werden. Und: Die Banken müssen ein tragfähiges Geschäftsmodell entwickeln.

4. Eine noch so expansive Geldpolitik reicht jedoch nicht aus, um die Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Der Überhang an Liquidität, die knapp 300 Milliarden Euro, die derzeit vor allem auf den Konten der

DIE BANKEN
HABEN SICH NACH EINER
PHASE DER ARROGANZ
SELBST IN DIE KRISE
KATAPULTIERT

Ein paar hundert Milliarden verzockt, aber: Neues Spiel, neues Glück



DIE LOHNZURÜCKHALTUNG
DER ARBEITNEHMER
WURDE ALS QUELLE
DER FINANZMÄRKTE
MISSBRAUCHT

Europäischen Zentralbank landen, finden nicht den Weg in die Finanzierung volkswirtschaftlicher Ausgaben und damit in Produktionsaufträge. Ideologie hin oder her, der Staat muss hier die Führungsrolle übernehmen, auch um eine Preisspirale nach unten (Deflation) zu verhindern. Nachdem die Märkte versagt haben, wird der Staat geradezu in die Rolle des „Lückenbüßers“ gezwungen.

Daher muss im Mittelpunkt der Maßnahmen ein massives Zukunftsinvestitionsprogramm mit einem Einstiegsvolumen von 50 Milliarden Euro stehen (das sind etwa 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts). Die Schaffung von Nachfrage durch den Staat ist mit der Finanzierung zukunftsrelevanter Investitionen zu verknüpfen. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (Bildung, Hochschulen, Sanierung von Gebäuden, ökologischer Umbau) nützen kurzfristig der Wirtschaft vor Ort, aber auch längerfristig künftigen Generationen. Es kommt darauf an, kleinteilige Projekte zu realisieren. Kommunen müssen von der Eigenbeteiligung bei der Finanzierung ihrer öffentlichen Investitionen befreit werden.

Konsumgutscheine für alle oder aber auch ein Kinderkopfgeld von 100 Euro unabhängig von den Einkommensverhältnissen sind makroökonomisch wirkungslos und verteilungspolitisch inakzeptabel. Vielmehr sollte die Kinderarmut in Deutschland direkt bekämpft werden. Und eine gezielte Anhebung des Regelsatzes für Hartz IV sowie die Anpassung anderer Sozial-einkommen ist auch gesamtwirtschaftlich sinnvoll.

Im verwirrenden Streit um die richtigen Instrumente wird die Tatsache, dass in den letzten Jahren Produktionsunternehmen in Deutschland insgesamt Milliarden-Beträge an den Spieltischen des internationalen Kasinokapitalismus verzockt haben, viel zu wenig berücksichtigt. Dahinter verbergen sich explodierende Gewinne, die eben nicht – dem Lehrbuch entsprechend – für Sachinvestitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet wurden. Man kann es auch so sagen: Die von Arbeitnehmern jahrelang bewiesene Lohnzurückhaltung wurde am Ende als Quell der Finanzmärkte missbraucht.

*Das volle Köfferchen unterm Rettungsschirm
(Wandmalerei, Manhattan, 8. Oktober 2008)*



Deshalb müssen in den kommenden Jahren auch die Arbeitseinkommen erhöht werden. Zuwächse bei den Löhnen nach Abzug der Abgaben sowie der Geldentwertung sind für den Umbau in eine starke Binnenwirtschaft entscheidend. Eine Umverteilung der Wertschöpfungsergebnisse zugunsten der Arbeitseinkommen entlastet die Unternehmen von dem Druck und dem Risiko, ihre Gewinne im internationalen Kasinokapitalismus zu verspielen.

KEHRT MAN
AM ENDE EINFACH
ZUR ALTEN TAGESORDNUNG
ZURÜCK?

Für die Bundesregierung ist der Übergang von der krisenverschärfenden Entfesselung der Märkte à la Neoliberalismus zu einer gesamtwirtschaftlichen Führungsrolle nicht leicht. Hier sind noch viele Barrieren zu beseitigen. Vor allem das zweite Konjunkturprogramm weist, abgesehen von einigen verschenkten Maßnahmen, zwar in die richtige Richtung, aber die Abwrackprämie ist Schrott. Das öffentliche Investitionsprogramm ist richtig, muss aber wegen der viel zu geringen Summe von 17 Milliarden Euro auf möglichst 50 Milliarden Euro ausgebaut werden.

Die Finanzierung kann in der Startphase nur über die Aufnahme von Krediten erfolgen. Das Geschrei über die dadurch erzeugten Lasten für künftige Generationen ist heuchlerisch, es ist sogar falsch. Vererbt werden ja nicht nur die Schulden, sondern auch die Gläubigerpositionen. Denn gegenüber Schuldner gibt es schließlich – mit dem identischen Gesamtvolumen – immer auch Gläubiger. Was künftigen Generationen tatsächlich vererbt wird, ist der Verteilungskonflikt, also die Frage, wer die Zinsen über die öffentlichen Haushalte bezahlen soll und wer die Zinsen als Gläubiger einkassieren darf.

Es kommt entscheidend darauf an, was mit den Investitionsprogrammen finanziert wird. Bessere Bildung und eine nachhaltige Umwelt nützen auch künftigen Generationen. Das Zukunftsinvestitionsprogramm muss durch eine Verbesserung der Kreditvergabe an kleinere und mittlere Unternehmen ergänzt werden. Denn die Banken halten sich wegen ihrer Risiken und der niedrigen Eigenkapitalquote bei der Kreditvergabe an die Wirtschaft massiv zurück. Die Unternehmen, die regelmäßig Kredite brauchen, werden jetzt zu Opfern früherer Exzesse der Banken. Deshalb ist der 100-Milliarden-Fonds im Konjunkturprogramm II für die direkte Stärkung der kreditabhängigen Wirtschaft erst einmal richtig. Dabei muss aber ein Grundsatz durchgesetzt werden: Unternehmen, die vom Staat entlastet und gefördert werden, müssen eine Beteiligung am Unternehmen zulassen. Vor allem bei den Aktiengesellschaften stellt sich das Problem, wer im Aufsichtsrat eine neue, seriöse Geschäftspolitik garantiert. Sicher muss der Staat im Rahmen seiner Hilfen auch als Eigner beteiligt werden. Dazu sind Mandate in den Aufsichtsräten zu vergeben. Da jedoch auch dem Staat und seinem Personal nach den bisherigen Erfahrungen nicht immer über den Weg zu trauen ist, sollte er einen Teil seiner Mandate an die Belegschaften abtreten. Damit ließe sich möglicherweise auch der Ausbau der Unternehmensdemokratie verknüpfen. Jedenfalls sind Belegschaftsvertreter viel näher an den zu bewältigenden Unternehmensproblemen dran.

Die materielle Gewalt der Krise zwingt zu völlig neuen Strukturen. Wer hätte vor einem Jahr die komplette Verstaatlichung einer Bank in Deutschland für möglich gehalten? All diese unkonventionellen Hilfsaktionen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus begleitet aber die tiefe Sorge, dass die Kredithilfen, Zuschüsse und Teilverstaatlichungen nur dazu genutzt werden, um am Ende wieder zur alten Tagesordnung zurückzukehren. Das Leitbild scheint ein „reloaded capitalism“ zu sein, ein im Feuer der Krise aufgeladener Kapitalismus. Wenn das eintreten sollte, sind neue, tiefere Rückschläge so sicher wie das Amen in der Kirche. Ohne eine tiefgreifende Systemreform mit dem Ziel, die Märkte unter gesellschaftlichen Zielvorgaben zu bändigen, bleibt alles nur Stückwerk. Die nächste Krise lässt grüßen. 